

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	106
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	26.10.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	Frau Aufrecht (OB/82)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / pö		
Betreff:	"Startups in Stuttgart - im Schatten der Etablierten" - Antrag Nr. 963/2017 v. 07.12.2017 (FDP, 90/GRÜNE, SPD, SÖS-LINKE-PluS, FW, STd) - Antrag Nr. 167/2018 v. 20.06.2018 (FDP) - mündlicher Bericht -		

Die im Betreff genannten Anträge sowie die Zwischennachricht zu Antrag Nr. 167/2018 sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zunächst beantwortet Frau Aufrecht die Fragen des Antrags Nr. 963/2017 anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Die Vertreter der Fraktionen danken für den ausführlichen Bericht.

StRin Yüksele (FDP) kündigt einen weiteren Antrag ihrer Gruppierung an. Die vielen Angebote für Gründer in Stuttgart führten nicht nur zu einer Doppelung, sondern auch zu einer schlechteren Sichtbarkeit der einzelnen Angebote. Deshalb sei die Bündelung auf der neuen Website sehr sinnvoll. Wichtig sei zudem ein Bürokratieabbau. Eventuell könne die Stadt im Zuge der Neugestaltung ihrer Website einiges digital auf den Weg bringen. Die Gründer müssten alle Informationen an einem Ort - One-Stop-Shop - erhalten können. Dafür sollte die Vernetzung von Stadt, IHK, Universitäten und Vereinen vorangetrieben werden. Ebenso sollten Kompetenzcluster für verschiedene Branchen nach Mannheimer Vorbild etabliert werden. Nachdenken sollte man auch über Gewerbetaxen für Startups wie in Köln, die über eine Grundausstattung an Maschinenanlagen

und 3D-Druckern verfügten. Die Zusammenarbeit mit der in diesem Sektor sehr aktiven IHK sollte intensiviert und die IHK frühzeitig eingebunden werden.

In Bezug auf einen One-Stop-Shop führt Frau Aufrecht aus, sie habe vor vielen Jahren den Versuch unternommen, alle Player in ein Boot zu holen. Das Wirtschaftsministerium habe ihre Abteilung sogar bei der Suche nach einer Immobilie unterstützen wollen. Da sich aber die IHK und die Handwerkskammer auch über Fallzahlen definierten, die im eigenen Hause generiert würden, sei dieser Plan nicht weiterverfolgt worden.

StRin Fischer (90/GRÜNE) lobt das "ausgefeilte Programm" der Abt. Wirtschaftsförderung. Die Defizite, insbesondere die Raumfrage, seien klar benannt. Den kleinen und mittleren Unternehmen müssten ihre eigenen Bedürfnisse aufgezeigt werden. Sie müssten die Vorteile einer Zusammenarbeit mit passenden Gründern erkennen und mit diesen zusammengebracht werden. Auch Stuttgart als Universitätsstadt müsse stärker positioniert werden.

Vor zu großen Erwartungen an die Möglichkeiten der Kommune warnt StR Pfeifer (SPD). Sie könne nicht jeden Gründer an die Hand nehmen. In dem in der Region boomenden Markt stünden die Gründer in der gleichen Konkurrenzlage wie die etablierten Unternehmen. Positiv nimmt er die Zusammenarbeit von Stadt, Region und IHK wahr. Immobilien wie das Wizemann-Areal seien ein Glücksfall für die Stadt, da hier verschiedene Bedarfe zusammenkämen. Ähnlich den überwiegend von der öffentlichen Hand finanzierten Technologiezentren der 1980er-Jahre, mit denen Universitätsabsolventen der Start in die Selbstständigkeit erleichtert werden sollte, könnte die Stadt finanziell dazu beitragen, z. B. mit Büroflächen gute Rahmenbedingungen für Gründungswillige zu schaffen. Nicht zuletzt müsse man angesichts der Vielfalt an Möglichkeiten ein Netzwerk knüpfen, um aus dieser Vielfalt die jeweils individuell hilfreichen Angebote und Fördermöglichkeiten herauszugreifen.

Deutlich geworden ist auch für StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS), dass man einen Wegweiser durch das umfangreiche Beratungsangebot brauche. Insofern sei die neue Website eine wichtige Hilfe. Von zentraler Bedeutung seien geeignete und bezahlbare Flächen, eine Art "Gründerschutzgebiete" für die ersten Jahre. Er begrüßt, dass auf dem Eiermann-Campus Startups integriert werden sollten. Ein gutes Beispiel seien auch die Coworking Spaces, die auf dem Wizemann-Areal entstünden. Ohnehin hätten solche ehemaligen Industrieareale einen besonderen Charme.

Auch StR Zaiß (FW) spricht das Flächenproblem an. Er regt an, Gründer in den vorwiegend in Außenbezirken leerstehenden Ladengeschäften unterzubringen. Hierzu merkt Frau Aufrecht an, die erfolgsversprechenden Gründungen profitierten enorm vom Netzwerk mit anderen Gründern und den Unternehmen, die sich einbrächten bzw. der umgebenden Organisation. Dort teile man sich z. B. Besprechungsräume und 3D-Drucker, man werde von Unternehmen beraten. Kleinteilige Flächen halte sie für weniger erfolgsversprechend. Beispiel für ein gelungenes Miteinander sei z. B. das Kaufhaus Mitte im Königsbau, wo eine große Fläche für unterschiedliche Anbieter geöffnet worden sei, die dort quasi Shop-in-Shop-Konzepte realisierten.

StR Rudolf (CDU) entnimmt dem Vortrag, dass in Stuttgart in Bezug auf Gründer viel mehr passiere, als bekannt sei. So habe z. B. das Stuttgarter Unternehmen GFT im Fasanenhof Flächen hinzugekauft, um dieses Angebot auszubauen. Es sei aber schon die Frage, ob die Stadt alle Flächen für Gründer zur Verfügung stellen müsse, um deren

Start doppelt abzusichern. Stuttgart und die Region profitierten enorm von den großen Firmen wie z. B. Daimler und Bosch, um die man sich deshalb auch bemühen müsse. Die Aktivitäten der Abt. Wirtschaftsförderung seien sinnvoll. Erfreulich sei auch, dass CODE_n in Stuttgart angesiedelt worden sei und es einen regen Austausch in Baden-Württemberg gebe. Seiner Erfahrung nach fänden die Existenzgründer, bei denen Idee, Kompetenz, Markt und Marketing stimmten, auch die passende Beratung und Unterstützung. Wenn die Stadt die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Startups weiterhin wie bisher zur Verfügung stelle, werde die Quote der erfolgreichen Startups auch künftig steigen.

Die Gründe für eine Existenzgründung dürften nicht außer Acht gelassen werden, betont StR Klingler (BZS23). Wenn ein Unternehmen nicht aufgrund einer guten Idee, sondern wegen Arbeitslosigkeit in oftmals nicht mehr zukunftsfähigen Branchen gegründet werde, seien die Erfolgsaussichten entsprechend schlechter. Das vermeintlich geringe Interesse bei kleinen und mittleren Unternehmen liege seiner Ansicht nach daran, dass diese schlicht keine Zeit hätten. Hier wäre eine verstärkte Beratung durch die Abt. Wirtschaftsförderung wichtig, die dafür zusätzliches Personal benötige.

EBM Föll räumt den allgemeinen Flächenmangel für die wirtschaftliche Entwicklung in Stuttgart ein, der Etablierte und Startups gleichermaßen betreffe. Dies stelle jedoch nicht den hauptsächlichen Scheiterungsgrund dar. Wichtiger sei, wie von Frau Aufrecht dargelegt, die Idee und der Zeitpunkt sowie ausreichendes Kapital. Von der Finanzplatz-Initiative der Börse Stuttgart gebe es inzwischen sehr intensive Aktivitäten für Startups im FinTech-Bereich sowie verschiedene sehr gute Matching-Plattformen, die Startups und potenzielle Investoren zusammenführten. Wenn man geeignete Flächen wie z. B. das Leitz-Areal finde, begleite man deren Entwicklung. Dieses Projekt sei nicht an der Landeshauptstadt gescheitert. Im erweiterten Sinne betreibe die Stadt in den Wagenhallen auch Startup-Förderung im Bereich der Kreativwirtschaft. Explizit weist er auf die Besonderheiten des Standorts Stuttgart hin. Er verfüge über ein sehr attraktives Arbeitsmarktangebot aufgrund großer Unternehmen, die insbesondere im Bereich technologiebasierter Startups ein hohes Interesse hätten, mit diesen zusammenzuarbeiten und sie vielfach nach einer bestimmten Zeit aufzukaufen bzw. zu integrieren. Damit blieben auch große Konzerne jung und zukunftsfähig.

Frau Aufrecht ergänzt, im Leitz-Areal habe man nicht nur an Büroflächen für Gründer gedacht, sondern auch an Gemeinschaftsflächen, wo z. B. 3D-Drucker genutzt und Prototypen für Labore etabliert werden könnten. Die Gründerzentren bestünden nicht nur aus Fläche. Beim M.Tech Accelerator gebe es auch ein Investoren-Board, das sich um die Finanzierung kümmere, und Unternehmen, die gemeinsam mit dem Gründer die Marktchancen entwickelten. Gründerzentren, die unterschiedliche Bausteine in der Betreuung von Gründern abdeckten, könnten den Standort weit voranbringen. Hierfür könnten EU-Gelder sowie Bundes- und Landesmittel generiert werden. Dies zeige sich auch an den Standorten Mannheim und Karlsruhe. Die Zusammenarbeit mit der IHK sei aus ihrer Sicht hervorragend. Zur personellen Ausstattung merkt sie an, diese sei extrem dünn. Bislang habe eine Mitarbeiterin 40 bis 50 % ihrer Arbeitszeit für die Beratung von Startups verwendet, hinzu komme noch eine 50 %-Stelle für den M.Tech Accelerator, die aber kostenneutral über EU-Gelder finanziert sei.

Für die Realisierung auf dem Eiermann-Campus gebe es im Gegensatz zum Leitz-Areal eine wesentlich konkretere Idee, die ja bereits auf der Expo Real vorgestellt worden sei. Beim Leitz-Areal sollte sich die Stadt noch mehr einklinken. Natürlich schafften Firmen

wie Daimler und GFT Flächen für Gründer, die nicht zum Marktpreis angeboten würden. Teilweise gingen sie auch in Vorleistung.

Auf die Frage, wie kleine und mittlere Unternehmen stärker eingebunden werden könnten, habe sie noch keine konkrete Antwort. Beim new.New Festival im Oktober habe sich gezeigt, dass hier ein großer Bedarf bestehe.

2019 werde die Stadt gemeinsam mit den verschiedenen Hochschuleinrichtungen das Wissenschaftsfestival veranstalten, das eine große Strahlkraft entfalten und den Hochschulstandort Stuttgart sehr viel stärker positionieren solle.

Die Stadt Stuttgart sei als Digital Hub ausgewählt worden. Hier seien das Fraunhofer Institut und die GFT beteiligt.

Abschließend stellt EBM Föll die Erledigung der Anträge fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. OB/82
zur Weiterbehandlung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR